

G2

einmütig beschlossen

Regulierung statt Repression - Für eine emanzipatorische Cannabispolitik

1. Analyse

Hanf ist eine in Deutschland verbotene Pflanze. Ebenfalls sind alle Produkte, die man aus dieser Pflanze gewinnen kann, entweder verboten oder nur unter außerordentlichen Bedingungen zugelassen. Dabei wird die tausendjährige Geschichte dieser Kulturpflanze außer Acht gelassen. Hanf diente damals als Rohstoff, um natürliche Fasern zur Seil-, Segel- und Kleidungsproduktion herzustellen. Darüber hinaus wurde der Wirkstoff dieser Pflanze, auch bekannt als Cannabis, in der Apotheke zur Beruhigung und Schmerzlinderung verkauft. Im Zuge der Drogenprohibition erhielt diese Pflanze einen Illegalitätsstatus, der in einem UN-Vertrag festgeschrieben ist. Die Auswirkungen dieses UN-Vertrags äußern sich bis heute in einem Drogen-Schwarzmarkt und einer repressiven Verfolgung aller, die mit Drogen in Berührung geraten. D.h., dass selbst GelegenheitskonsumentInnen und Suchtkranke von Strafanträgen der Justiz betroffen sind, die sich negativ auf ihr Leben auswirken. Ein weiterer Effekt des Schwarzmarkts ist, dass die KonsumentInnen mit unreinigten Drogen in Kontakt kommen und somit ihre Gesundheit mehr geschädigt wird, als durch die reine Droge selbst. Zusätzlich geraten KonsumentInnen weicher Drogen, wie z.B. Cannabis, auf dem Schwarzmarkt in Kontakt mit harten Drogen - wie Heroin oder Koks.

Cannabis ist Teil der Gesellschaft

Cannabis ist ein fester Bestandteil der Gesellschaft. Oft werden 'KifferInnen' immer noch als eine gesellschaftliche Randgruppe dargestellt, die sie aufgrund einer KonsumentInnenzahl von ca. 8 Mio. Menschen nicht sein kann. Man darf nicht verkennen, dass das Drogenproblem ein gesamtgesellschaftliches Problem ist. Es werden nämlich unzählige

Steuergelder für die Strafverfolgung der KonsumentInnen als auch für die medizinische Versorgung der Suchtkranken und Opfern von gestreckten Drogen ausgegeben.

Hanf ist ein nachwachsender Rohstoff

Hanf besitzt ein ungeahntes Potential und kann auf vielfältige Art und Weise eingesetzt werden. Hanf ist nicht nur eine Droge, die konsumiert werden kann. Sie ist vielmehr eine Nutz- und Heilpflanze, die weitaus mehr ist, als eine Droge. Hanffasern zählen zu den resistentesten Fasern, die mensch in der Natur finden kann. Daneben besitzt diese Pflanze die Möglichkeit mit ihren tiefen Wurzeln, mineralarme Böden wieder mit Nährstoffen zu versorgen und könnte damit einen wichtigen Beitrag in der Landwirtschaft leisten.

Ein Alternativer Umgang ist möglich

Das Beispiel Portugal zeigt uns, dass ein alternativer Umgang mit suchtkranken Menschen möglich ist. In Portugal wurden Drogen entkriminalisiert und der Besitz bis zu einer gewissen Menge gelten als straffrei. Sollte jemand negativ auffallen, so wird er vor ein Komitee gestellt, das aus SozialarbeiterInnen, MedizinerInnen, SuchtexpertInnen und JuristInnen besteht. Anhand dieses Komitees wird die bestmögliche Beratung und das weitere Verfahren - passend auf den einzelnen Fall zugeschnitten - gewährleistet. Die Entwicklung zeigt, dass die KonsumentInnenzahl durch die Entkriminalisierung nicht weiter angestiegen ist - Sie verzeichnet eher einen leichten Abwärtstrend.

Cannabis in Deutschland

In Deutschland gibt es die Regelung der 'Geringen Menge'. Die Grenze dieser kann jedes Bundesland selbst festlegen. Sollte einE KonsumentIn einen Drogenbesitz unterhalb dieser Grenze besitzen, so kann die Strafanzeige eingestellt werden. Die Praktik zeigt, dass der/die PolizistIn in jedem Fall dazu verpflichtet ist, Strafanzeige zu stellen. Auch wenn das Verfahren später eingestellt wird, so ist das nicht mit einem Freispruch gleichzusetzen. Dieser Umstand kann sich in späteren Verfahren oder einer Jobsuche negativ auswirken. Beispielsweise kann der Erwerb eines Führerscheins verweigert werden.

Cannabis, die verteufelte Droge

Bereits 1994 widerlegte der Bundesgerichtshof in einem Urteil die Einstiegsdrogenthese. Selbst die BZGeA (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung) widerspricht der Annahme, dass Cannabis zwangsweise zum Gebrauch von härteren Drogen führt. Dies ist einzig dem Umstand geschuldet, dass mensch durch den Schwarzmarkt - während der

Beschaffung - mit anderen Drogen in Kontakt gerät. Zudem ist wissenschaftlich bewiesen, dass eine Überdosierung durch Cannabis faktisch nicht möglich ist. Dabei sind ausschließlich die Inhalts- und Wirkstoffe von Cannabis gemeint. Somit gibt es keinen registrierten Cannabistoten. Dass die Verbrennungsprodukte bei der Konsumform des Rauchens schädlich sind, ist eine logische Schlussfolgerung. Es gibt weitere Konsumformen, die absolut unschädlich sind. Darüber hinaus ist die hohe Abhängigkeitsrate dem Mischkonsum mit Tabak geschuldet und kann nicht auf reines Cannabis zurückgeführt werden.

Deshalb fordern die Jusos Braunschweig:

1. Forschung zu medizinischen Zwecken und Einsatz als Medizin

Aufgrund des medizinischen Potentials der Hanf-Pflanze erachten wir es als sinnvoll, diese Pflanze zu Forschungszwecken zuzulassen. Gerade im Bereich der Schmerztherapie könnte Cannabis einen enormen Beitrag leisten. Mensch kann in den USA beobachten, dass diese Pflanze längst als Medizin zugelassen ist und anderen Menschen ein lebenswertes Leben ermöglicht.

2. Regulierung der Droge Cannabis

Wir fordern die Einrichtung staatlicher Abgabestellen, die einen effektiven Jugendschutz einhalten können und ein kritisches Konsummuster vorbeugen. Dabei hat die staatliche Abgabestelle für eine Qualitätskontrolle der Droge Cannabis zu sorgen und Auskunft über Wirkstoffgehalt und -verhalten zu geben. Die KonsumentInnen können dadurch vor verunreinigtem Material geschützt und über das jeweilige Cannabis-Produkt ausreichend informiert werden. Zusätzlich lassen sich durch eine staatliche Regulierung einerseits Steuergelder sparen, die für die repressive Strafverfolgung aufgewendet werden müssen. Andererseits werden die Gesundheitskosten massiv gesenkt, da die KonsumentInnen kein gestrecktes Cannabis konsumieren, das beispielsweise mit Blei, Haarspray oder Zuckerwasser versetzt wurde. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, auf Cannabisprodukte Steuern zu erheben, um staatliche Mehreinnahmen zu generieren. Die Höhe der Steuern sollte sich jedoch in einem gewissen Rahmen bewegen, so dass das Angebot des Schwarzmarkts nicht wieder an Attraktivität gewinnt.

Es sollte ebenfalls kommerzielle ProduzentInnen erlaubt sein, unter strengen Auflagen und unangemeldeten Kontrollen Abgabestellen einzurichten. Besonders Menschen, die viel Erfahrung in diesem Gebiet besitzen und bestens über die Bedürfnisse der KonsumentInnen Bescheid wissen. Darüber hinaus wird es ermöglicht, unzählige neue Arbeitsplätze entstehen zu lassen, die die Wirtschaftsleistung beleben würde. Dabei ist jedoch darauf zu achten, dass eine staatliche Kontrolle von der Produktion bis zur Veräußerung an die KonsumentInnen einzuhalten ist. Kommerzielle ProduzentInnen sollten sich jedoch registrieren müssen, und zwar nicht nur zum Zwecke der Qualitätskontrolle, sondern auch um eine Umlenkung der Produktion für den illegalen Gebrauch zu verhindern und den Nachweis legitimer Produktion gegenüber exekutiven Behörden zu ermöglichen. Sollte ein Missbrauch durch staatlicher Seite festgestellt werden, so ist der Staat im Stande, seine vergebene Verkaufslizenz wieder zu entziehen.

3. Therapie und Aufklärung anstatt Repression

Die Bundesrepublik Deutschland verwendet zwei Drittel aller öffentlichen Gelder, die zur Eindämmung des Drogenproblems verfügbar sind, für repressive Maßnahmen. Daran wird der Schwerpunkt Deutschlands erkenntlich. Daher fordern wir, dass die Droge reguliert wird und somit die Gelder für repressive Maßnahmen in die Bereiche der Aufklärung und Therapie fließen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass Verbote kontraproduktiv sind und genau das Gegenteil bewirken. Deswegen erachten wir eine vollumfassende Aufklärung und die Beseitigung von Dogmen und stereotypischen Ansichten als sinnvoll. Eine Grundüberzeugung der Jusos ist eine aufgeklärte Welt, in der Menschen reflektiert über ihr Tun entscheiden. Dieses ist jedoch erst dann möglich, wenn wir die oben genannte Forderung verwirklichen. Zudem wollen wir das Therapiesystem ausbauen und stärken. Denn nur ein finanziell solides Therapiesystem ist im Stande, effektiv und nachhaltig suchtkranken Menschen zu helfen und ihr kritisches Konsummuster einzudämmen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, die eingenommen Steuern durch den Verkauf von Cannabisprodukten ebenfalls für Therapie- und Aufklärungsangebote zu verwenden.

4. Eigenproduktion in gewissen Grenzen erlauben

Wir fordern, dass die Eigenproduktion für den Eigenbedarf der Droge Cannabis in gewissen Grenzen erlaubt werden sollte. Gerade Menschen, die auf diese Droge als Medizin angewiesen sind, erhalten durch die Eigenproduktion die Möglichkeit, ihr Arzneimittel kos-

tengünstig herzustellen. Momentan ist es so, dass Cannabis-PatientInnen, die überhaupt eine Lizenz erhalten konnten, meistens nicht genug Geld haben, um sich die teuren Cannabis-Produkte aus der Apotheke zu leisten. Aus diesem Grund ist es nicht nachzuvollziehen, wieso es Menschen verwehrt wird, Cannabis anzubauen, so lange es in einem gewissen Rahmen passiert und der Jugendschutz eingehalten wird.

5. Keine Diskriminierung von Cannabis-KonsumentInnen im Straßenverkehr

Die Jusos Braunschweig empfinden es als notwendig, eine allgemeingültige Regelung für Cannabis im Straßenverkehr zu finden. Für Alkohol gibt es bereits Grenzwerte, die entscheiden, in welchem Rahmen das sichere Führen eines Kfz noch möglich ist. Wir fordern eine vergleichbare Regelung, um die Diskriminierung der KonsumentInnen zu stoppen. Bekanntermaßen endet der Rausch von Cannabis nach einigen Stunden. Der Wirkstoff kann jedoch bei regelmäßigem Konsum bis zu einem Monat im Blut nachgewiesen werden, d.h. auch dann, wenn der/die KonsumentIn gar keinem Rauschzustand ausgesetzt ist. Daher erachten wir es als sinnvoll, einen Grenzwert festzulegen, der den THC-Gehalt in mg/L im Plasma misst. Dabei gilt es zu ermitteln, ab welchem Grenzwert der/die KonsumentIn eindeutig unfähig ist, ein Kfz sicher zu führen. Dieser Wert sollte als obere Grenze eingesetzt werden. In der Vergangenheit wurden KonsumentInnen der Führerschein entzogen, obwohl sie ein Kfz mit klarem Verstand geführt haben. Diese Ungerechtigkeit wollen wir zukünftig verhindern.